

# Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Hornauer Anzeiger | Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten, Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn | Falkensteiner Anzeiger | Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalt: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 86 mm breite Reklameweisung im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag

8

November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachlaß. Jede Nachlaßbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 175 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:  
Pb. Kleinböhl, Königstein im Taunus.  
Vosschedts: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:  
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.  
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

## Ein Aufruf des Reichskanzlers

Berlin, 6. Nov. (W. B. Amtlich.) Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar ds. Js. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marshall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für die Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplineloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur die unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes die großen Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Die Aufrechterhaltung der bisher bewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungstunde die unerlässliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

## Um den Kaiser.

### Ein Ultimatum der Sozialdemokratie.

Berlin, 7. Nov. Wie die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ meldet, hat die Parteileitung heute noch einmal die Gesamtlage besprochen und Staatssekretär Scheidemann beauftragt, dem Kaiser folgendes zu erklären:

Die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden;
2. Polizei und Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden;
3. daß die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird;
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird;
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis morgen mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit.

Dieses Ultimatum der sozialdemokratischen Partei wurde heute nachmittag nach 5 Uhr dem Reichskanzler zugestellt.

Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstags hat sich heute in zwei Sitzungen unter Hinzuziehung führender Parlamentarier aus den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses hauptsächlich mit den Fragen der Reformen in Preußen beschäftigt, die so schnell und durchgreifend wie nur möglich herbeigeführt werden sollen. Das „8 Uhr-Abendblatt“ will wissen, daß der interfraktionelle Ausschuß heute noch keinen Beschluß in der Kaiserfrage gefaßt habe, daß aber auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien sich der von den Sozialdemokraten so scharf betonten Notwendigkeit, die

Entscheidung so schnell wie möglich herbeizuführen, nicht mehr verschließen.

Durch das sozialdemokratische Ultimatum, das gestern nachmittag dem Reichskanzler überreicht worden ist, hat sich die politische Situation aufs äußerste zugespitzt. Es kann im Augenblick noch nicht übersehen werden, welche Wirkungen ein Rücktritt des Kaisers im Laufe des morgigen Tages haben, und ob dadurch eine Klärung der politischen Lage eintreten würde. In maßgebenden politischen Kreisen nimmt man aber als feststehend an, daß im Falle der Nichtabdankung des Kaisers das Ende der gegenwärtigen Volksregierung eintreten würde, sei es dadurch, daß Reichskanzler Prinz Max sein Amt niederlegt, oder dadurch, daß die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung ausscheiden. Ob die neue Regierung sich dann lediglich aus Mitgliedern der Mehrheitsparteien zusammensetzen oder ob auch Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie zu ihr gehören würden läßt sich heute, wo die Ereignisse noch im Flusse sind, nicht voraussagen.

### Ein früherer Versuch gescheitert.

Berlin, 7. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Aus Budapest Blättern wird gemeldet, daß der preussische Minister Dr. Drews dem Kaiser im Auftrage des Kabinetts über die Frage der Abdankung Vortrag gehalten habe. Dr. Drews habe bei seiner Rückkehr mitgeteilt, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage seinen Platz nicht verlassen wolle. Er könne Deutschland unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung würde ein Ueberhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht abdanken.

### Versammlungen der Unabhängigen in Berlin verboten.

Berlin, 7. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Für heute abend haben die unabhängigen Sozialdemokraten fünf Versammlungen einberufen, in denen der Jahrestag der russischen Revolution begangen werden soll. Diese Versammlungen sind polizeilich verboten worden, wie man annehmen darf, nicht von der Polizei auf eigene Faust, sondern wohl in Fühlung mit dem Oberkommando und der Regierung. Man hat dabei wahrscheinlich an die Möglichkeit gedacht, daß im Anschluß an diese Versammlungen die Herbeiführung ähnlicher Vorgänge versucht werden könnte, wie sie in Kiel, Hamburg, neuerdings auch in Bremen, Schwerin und Hannover stattgefunden haben. Bis jetzt ist in Groß-Berlin von irgend welchen Ruhestörungen oder Ansammlungen nichts zu bemerken. Gewisse polizeiliche und militärische Vorkehrungen sind seit gestern abend in aller Stille, wie es bei solchen Gelegenheiten früher schon geschehen ist, getroffen worden.

### Die Antwort Wilsons.

Berlin, 6. Nov. Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist heute hier eingetroffen. Sie ist datiert vom 5. November 1918 und lautet in der Uebersetzung:

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermitteln hat mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel

zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marshall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter (?) der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

### Abreise der deutschen Delegation.

(Bereits in einem Teil der letzten Ausgabe.)

Berlin, 6. Nov. (W. B. Amtlich.) Die deutsche Delegation zum Abschluß eines Waffenstillstandes und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Aus der unverzüglichen Entsendung der deutschen Delegation kann man auf die Entschlossenheit der Reichsregierung schließen, von ihrer Seite aus alles zu tun, um dem Blutvergießen so rasch wie möglich ein Ende zu setzen. Bemerkenswert ist, daß es der Zweck der deutschen Delegation sein soll, nicht nur den Waffenstillstand abzuschließen, sondern auch die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Es liegt nahe, dabei an einen der großen Grundlinien des Friedens festlegenden Präliminarfrieden zu denken. Der deutschen Delegation gehören an: Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff, der deutsche Gesandte in Kopenhagen Graf Rankau, General v. Winterfeldt, General v. Gündell und Kapitän Wanseloe. Es besteht die Hoffnung, daß unsere Abordnung nicht nur ein unabänderliches Diktat des Oberkommandierenden unserer Feinde entgegenzunehmen habe, sondern sie werde noch für Vereinbarungen Raum finden, und es ist gewiß bemerkenswert, daß die Zusammensetzung der Delegation die Absicht einer sehr umfassenden Tätigkeit ihrer Mitglieder anzudeuten scheint.

Ein schwerer Gang! Ein unglücklich trauriges Ende. Es ist gekommen, wie es der Feind gewollt hat. Die neue Note der amerikanischen Regierung beweist, ohne sich auch jetzt wieder über die Auslegung der 14 Punkte auszusprechen, daß die Regierungen der Entente den Geist der Versöhnlichkeit und der gleichmäßigen „Gerechtigkeit nach allen Seiten“, dem Wilson Gestalt zu verschaffen versucht, in entscheidenden Punkten ablehnen. Wir haben nicht nur schroffe Bedingungen für den Waffenstillstand, die Wilson selbst wegen des „Kernpunkts“ für geboten hält, sondern auch wegen dieser Gesinnung der Ententeregierungen äußerst drückende Bedingungen für den Frieden zu erwarten. Zweifellos ist es Wilson gelungen, die größten Forderungen der Westmächte, beispielsweise die französische auf das linke Rheinufer, zu beseitigen und die Zügellosigkeit der Politik Lloyd Georges und Clemenceaus in für uns wichtigen Fragen mit Erfolg zu bekämpfen; es ist auch durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß Wilson fernerhin ernsthaft beabsichtigt sein wird, seinen idealen Zukunftsdeen entsprechende realpolitische Unterlagen zu geben, aber so viel ist heute schon klar: das Memorandum der Ententeregierungen atmet noch

immer den Geist der Gewaltpolitik. England und Frankreich sind nicht geneigt, die Wilsonschen Leitsätze dann gelten zu lassen, wenn sie ihnen Verpflichtungen auferlegen. Gleiche Rechte für alle — dieser Gedanke geht durch sämtliche programmatischen Reden Wilsons der neueren Zeit. Er spricht von einem Preis, den alle zahlen müssen: den Preis, den die ausgleichende Gerechtigkeit auferlegt. Und es war deutlich erkennbar, daß das Verlangen nach der Freiheit der Meere, das Wilson zu einem Hauptpunkt seines Programms gemacht hat, England gegenüber mit besonderem Nachdruck erhoben worden ist. Der Widerspruch in London ließ ja damals auch nicht lange auf sich warten. Was sollen wir nun von einem „Geist der Gerechtigkeit“ der Westmächte halten, der im ersten Augenblick versagt, in dem er sich bewähren sollte? Was folgt daraus für die Aussichten einer gerechten Behandlung der elsaß-lothringischen, der polnischen oder der kolonialen Frage? Wilson beharrt — wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, aber doch unverkennbar — auf seiner Forderung; aber wird sein Protest Wirkung haben? So sehr sich der Präsident auch bemüht, bei seinem Wort stehen zu bleiben — der Siegesübermut, der Nachsinn der Engländer, die Nachgiebigkeit der Franzosen und die Beuteluft der Italiener bedrohen das Recht und damit die friedvolle Ordnung der europäischen Zukunft.

Nichts spricht deutlicher als das ungefüme Verlangen nach Entschädigung. Alle Schade, der „durch Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügt“ worden ist, soll ersetzt werden. Das Memorandum fordert dies zwar im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der besetzten Gebiete, aber wer möchte bestreiten, daß hinter dieser wohl absichtlichen Unklarheit (soll sich der Ersatz auf den im besetzten Gebiet angerichteten Schaden beschränken?), die schrankenlosesten Forderungen der Westmächte zum mindesten verborgen stehen können und daß diese bereit sind, auch den Schaden, den der Tauchbootkrieg an Menschen, Schiffen und Frachten angerichtet hat, zum Ersatz anzumelden? Dann könnten unsere Feinde zu den wahnsinnigen Forderungen kommen, und dann wäre der Anfang des Zeitalters des Völkerbundes und der Gerechtigkeit nichts anderes als der Beginn der Versklavung eines freien, tapferen Volkes. Kann das wirklich das Ziel sein, ein Ziel, dem auch Wilson sich zuteilen ließe. Das bedeutete den vollkommensten Gewaltfrieden — mit unauslöschlicher Erbitterung würde das deutsche Volk dieses Schicksal nur dann auf sich nehmen, wenn ihm physisch nichts anderes als dieses Elend übrig bliebe. In Belgien sind wir eingefallen, im Glauben, dies sei zu unserer Rettung unerlässlich — wir vergüten der Bevölkerung den Schaden. Frankreich aber war von Anfang an der nächste und gefährlichste Gegner — auf seinem Boden mußte gekämpft werden; das muß berücksichtigt werden. Und ebenso muß berücksichtigt werden, daß das deutsche Volk schon seit zwei Jahren zum Frieden bereit war; die Verwüstungen bei den Rückzügen in Frankreich waren nur die Folgen einer uns aufgezwungenen Fortsetzung des Krieges. Und schließlich der Tauchbootkrieg — er brachte großes Unheil, aber weite Kreise des deutschen Volkes glaubten in ihm ein Mittel zu sehen, um der Ausgrenzung und Vernichtung zu entgehen. Den Verlierenden für all diese Schäden haßbar zu machen, wäre unmenschlich.

Der Friede soll von Volk zu Volk geschlossen werden und soll nach unfähigen Leiden die Völker aufs neue zueinanderführen; bei jedem Hieb, den die Politik der Feinde nunmehr gegen Deutschland führt, wird das Herz des deutschen Volkes getroffen und unser Glaube an eine Zeit des Rechts, der Ordnung und der Ruhe.

## Die Entsendung der Parlamentäre.

### Funkspruchwechsel zwischen der Obersten Heeresleitung und Marschall Foch.

Berlin, 7. Nov. (W. B. Amtlich.) Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen:

Die deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Foch: Nachdem die deutsche Regierung im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt ist, daß Marschall Foch ermächtigt ist, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt: General der Infanterie von Guendell, Staatssekretär Erzberger, Gesandter Graf Oberndorff, General von Winterfeldt und Kapitän z. S. Banjelow.

Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, wo sie mit Marschall Foch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nebst Unterpersonal und im Kraftwagen an dem zu bezeichnenden Orte eintreffen. Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit dem Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten eine vorläufige Waffenruhe eintreten könnte.

Marschall Foch hat darauf geantwortet: An das deutsche Oberkommando von Marschall Foch: Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit Marschall Foch wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, mögen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chimay—Fourmies—Va Capelle—Guise einfinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und sie an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu geleiten.

Die Fühlung ist aufgenommen: Marschall Foch erwartet die deutsche Delegation. Auf der Straße von Chimay nach Guise, nordöstlich von St. Quentin, also im Zentrum der Westfront werden die feindlichen Vorposten unsere Abordnung in Empfang nehmen und von dort zu dem Oberkommandierenden geleiten. Man ersieht aus dem Depechenwechsel, daß alle bisherigen Mitglieder der Delegation

die Frontlinie überschreiten werden, also nicht nur die zunächst beteiligten Angehörigen des Landheeres und der Flotte.

Man wird es dankbar begrüßen, daß die Reichsregierung den Versuch gemacht hat, eine sofortige vorläufige Waffenruhe herbeizuführen. Marschall Foch glaubte die Antwort darauf schuldig bleiben zu dürfen; damit ist allerdings nicht gesagt, daß nicht doch noch vor dem formellen Abschluß des Waffenstillstandsvertrages dem mühsamen Morde ein Ziel gesetzt werden könne. Darauf wartet eine Welt!

## Entlassung der Jahrgänge 1870/71.

Berlin, 6. Nov. (W. B.) Wie wir vom Kriegsministerium hören, sind Anordnungen getroffen worden, daß die Jahrgänge 1870/71, soweit sie nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

## Deutsche Verteidigungsmaßnahmen in Tirol.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erhalten aus Innsbruck die Meldung, das bayerische Kriegsministerium habe dem Tiroler Nationalrat mitgeteilt, daß infolge der Bedingungen des Waffenstillstands zwischen Österreich und der Entente eine Entsendung deutscher Truppen nach Tirol zur Sicherung unserer Landesgrenzen notwendig sei. Unsere Vortruppen haben am Mittwoch bereits die Grenze überschritten.

## Die deutschen Truppen in Rumänien.

Budapest, 6. Nov. Der Generaladjutant des Generalfeldmarschalls Madatsen Graf Quadt ist, wie das „Neue Pester Journal“ meldet, am Nachmittag aus Bukarest hier eingetroffen. Er begab sich in Begleitung des Generalmajors Grafen Fürstenberg zum Ministerpräsidenten Karolyi, mit dem er über den Durchmarsch der in Rumänien befindlichen vier deutschen Divisionen durch Ungarn verhandelte.

## Die Unruhen in Kiel, Bremen und Hamburg.

Berlin, 7. Nov. (W. B. Amtlich.) Von zuständiger Stelle wird über die Lage in den nördlichen Provinzen folgendes mitgeteilt: Die Unruhen haben sich auf einige weitere Orte ausgebreitet. In Bremen wurden auf dem Marktplatz von einem unabhängigen Sozialisten, der vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war, und von einigen Militärpersonen Reden gehalten, die zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates aufforderten. Der Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die Oeffnung auch der Zivilgefängnisse an. In den großen Werken ist alles ruhig. Auf den Straßen herrscht Ordnung; Zwischenfälle wurden bisher nicht gemeldet. Für heute abend wurde in einer Versammlung Liebknecht als Redner erwartet. In der Sitzung der Bürgerschaft stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts zur Erörterung. Der Senat soll sich seine Entscheidung vorbehalten haben.

Aus Hamburg wird gemeldet: Das Zentralfürsorgeamt des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgendes mit: Sämtliche Amtsgebäude und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht, Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Zur Zeit finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Post- und Telegraphenamt waren bis zur Stunde nicht besetzt. Die Leitung der Bewegung hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach vorliegenden Nachrichten ist dies indes nicht gelungen. Es hat Ausschreitungen gegeben. Kleinere Truppenkörper, die sich verteidigten, wurden durch die Massen der Aufständischen gewaltsam gezwungen, ihnen Gefolgschaft zu leisten. An mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen. Unter anderem drangen Aufständische in eine Wohnung in der Lincolnstraße, aus der auf herumziehende Soldaten geschossen worden sein sollte und töteten zwei Frauen als angeblich Schuldige, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten. Wahrscheinlich werden alle Theater und Restaurants vom 7. November ab geschlossen. Die ganze Nacht vom 6. zum 7. November fielen in verschiedenen Gegenden der Stadt vereinzelt Schüsse. Das „Hamburger Echo“, das jetzt als Organ der Aufständischen unter dem Titel „Die rote Fahne“ erscheint, veröffentlicht folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung Hamburgs und Altonas: Alle Zivilpersonen müssen von heute (7.) ab um 6 Uhr abends von der Straße sein. Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen.

In Cuxhaven ist es zu keinen ernstern Unruhen und Ausschreitungen gekommen.

In Kiel ist der Stadtkommandant, Kapitän z. S. Heine in der Nacht vom 5. zum 6. November von einer Patrouille, die den Befehl hatte, ihn abzuführen, erschossen worden, da er sich angeblich diesem Befehl widersetzen wollte.

## Die Forderungen des Kieler Soldatenrats,

die vom Gouverneur angenommen wurden, umfassen laut „Kieler Neuesten Nachrichten“ folgende Punkte:

1. Freilassung sämtlicher inhaftierten politischen Gefangenen;
2. vollständige Rede- und Pressefreiheit;
3. Unterlassung der Briefzensur;
4. sachgemäße Behandlung der Waisenkinder durch die Vorgesetzten;
5. strafloser Verkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in den Kasernen;
6. die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben;
7. alle Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben

- zu unterbleiben;
8. alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden vom Soldatenrat festgesetzt;
9. es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr;
10. unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von der Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Tages;
11. die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des Soldatenrats einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren;
12. jeder Angehörige des Soldatenrats ist von jeglichem Dienst zu befreien;
13. sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind durch Mitglieder des Soldatenrats zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson die Ziele des Soldatenrats.

## Die Neuordnung im Reiche.

Weimar, 6. Nov. Das gesamte Staatsministerium hat demissioniert. Der Großherzog hat die Demission angenommen. Das Ministerium führt die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiter. Dann wird ein Ministerium aus Volksvertretern gebildet. (Zeff. Ztg.)

## Die politische Neuordnung in Preußen.

Berlin, 7. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Heute nachmittag fand unter den Vertretern der Mehrheitsparteien aus dem Reichstag und dem preussischen Landtag eine Besprechung über die Frage statt, in welcher Weise jetzt grundlegende Änderungen der einzelstaatlichen Verfassungen, insbesondere in Preußen, herbeizuführen wären. Für Preußen kommt namentlich das Wahlrecht und die schleunige Parlamentarisierung der Regierung in Frage. Es wurde eine grundsätzliche Einigung unter den Parteien erzielt. Zur weiteren Erörterung begaben sich noch am Abend Vertreter der vier Mehrheitsparteien zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg.

## Neue Tarifierhöhung für den Güter- und Personenverkehr.

Berlin, 7. Nov. (W. B. Amtlich.) Am 1. April 1918 haben die deutschen Eisenbahnen einen Kriegszuschlag von 15 Prozent zu den Frachtsätzen des Güter- und Tierverkehrs eingeführt, um wenigstens teilweise die durch den Krieg hervorgerufenen Mehrausgaben zu decken. In der Zwischenzeit ist das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben durch Steigerung der letzteren derartig gewachsen, daß die Wirtschaftlichkeit des Staatsbetriebes ernstlich in Frage gestellt ist. Die deutschen Staatsbahnen sehen sich daher gezwungen, auf eine Vermehrung der Einnahmen durch Erhöhung der Tarife im Güter-, Tier- und Personenverkehr Bedacht zu nehmen. Bei den Personentarifen wird auf die im Schnellzugs-, Gepäck- und Expresgüterverkehr zurzeit bestehenden Zuschläge Rücksicht genommen werden. Die Erhöhungen werden voraussichtlich im ersten Vierteljahr 1919 durchgeführt werden. Die Zuschläge werden fast durchweg hinter denen zurückbleiben, die in anderen europäischen Ländern, kriegführenden und neutralen, dem Wirtschaftsleben auferlegt sind.

## Der Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 7. Nov. (W. B.) Die nächste Sitzung des Reichstags findet Mittwoch, den 13. November, nachmittags 2 Uhr statt.

## Erhöhung der Brot ration.

### Eine Mahnung des Kriegsernährungsamts.

Berlin, 7. Nov. (W. B.) Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswerter Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Frieden und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brot ration erhöht und andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür, wie überhaupt für die Weiterversorgung des Volkes ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung verhindert die regelmäßige Lebensmittelzufuhr und bedroht die Großstädte und Industriebezirke mit unfagbarem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden.

Der Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamtes.

## Die Entente und Haus Habsburg.

Auffehen erregen Nachrichten, welche aus der Schweiz über angeblich dort im Gange befindliche Verhandlungen hervortragender österreichischer Politiker mit Vertrauensleuten der Entente eingehen. Von ersteren befinden sich in diesen letzten Tagen eine auffällige Anzahl in der Schweiz. So waren oder sind noch dort der frühere Minister des Auswärtigen Graf Berchtold, der frühere Botschafter in London, Graf Mensdorff, der ungarische Staatsmann Graf Apponyi und der kaiserliche Vertrauensmann Prinz Windischgrätz, denen sich demnächst auch Graf Czernin zugesellen dürfte. Anscheinend werden die Hoffnungen der Kreise, die auf die Herstellung des habsburgischen Reiches durch die Nachhabe der Entente hoffen, auch durch die so überaus harten Waffenstillstandsbedingungen nicht zu Boden geschlagen. Die Eröffnungen des ungarischen Prinzen Windischgrätz an den französischen Gesandten Dutasta haben, wie in einem Privattelegramm an die „Frankf. Ztg.“ betont wird, in Entente-kreisen lebhafteste Überraschung hervorgerufen. Ob nun der Prinz nur die Wünsche unverantwortlicher aristokratischer Kreise vertritt, oder der von jeher schlecht beratene junge Kaiser ihn autorisiert habe, jedenfalls sei der Entente nahe-

gelegt worden, Wien und andere Teile Oesterreichs von englischen und französischen Truppen besetzen zu lassen, um den Hof vor der in diesen Teilen der Monarchie ausgebrochenen Revolution zu schützen, gleichzeitig aber auch vor Versuchen der Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland. Es ist, wie gesagt, nicht festzustellen, in wie weit Kaiser Karl die Verantwortung für das Treiben seiner Agenten trägt. In Deutschland und in Deutsch-Oesterreich aber sollte man scharf darauf acht geben. Man muß sich übrigens fragen, mit welchem Rechtstitel Vertreter des gestürzten alten Regimes in Oesterreich-Ungarn überhaupt in diplomatische Verhandlungen eintreten, nachdem sich die Monarchie in selbständige Staaten aufgelöst hat. Die sichtbarste diplomatische Waffe dieser Agenten scheint eine unterirdische Agitation gegen das Deutsche Reich zu sein, die sich seit einigen Tagen auch in einer bössartigen Preßkampagne in neutralen Blättern verrät.

## Lokalnachrichten.

\* Königstein, 8. Nov. Mit dem Eisernen Kreuz wurde ausgezeichnet Anton Kroth von hier, Sohn des verstorbenen Tapeziers Kroth; Anton Kroth war bis zum Eintritt in das Heer im Büro des Herrn Agl. Steuerinspektor Wehn dahier tätig.

\* Im Befehlsbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz ist den wegen der vorhandenen Transportbeschwerden vom Kriegsministerium für den Heimatverkehr zur Verfügung gestellten Lastkraftwagen mit elektrischem Betrieb und Dampfmaschinen der Verkehr auf allen öffentlichen Wegen freigegeben.

\* Auf die im Anzeigenteil dieser Nr. befindliche Verordnung betr. verschärfte Meldepflicht sei wegen ihrer außerordentlichen Wichtigkeit auch an dieser Stelle hingewiesen.

\* Zeichen der Zeit oder unabweisbar notwendig? Im Höchster Kreisblatt steht als Anzeige: 2 Freunde, 16—17 Jahre alt, wünschen die Bekanntschaft zweier Mädchen zwecks späterer Heirat. Offerten mit Bild unter A. B. an den Verlag d. Bl.

\* Am 2. November 1918 ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von Coca-Blättern und Cocain, erschienen. Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von Pfefferminztraut, -tee, -blättern erschienen. Die beschlagnahmten Gegenstände unterliegen einer Meldepflicht. Die Meldungen sind über die am 2. November 1918 vorhandenen Mengen bis zum 15. November 1918 an das Sanitäts-Departement des königlichen Kriegsministeriums zu erstatten. Der Wortlaut der beiden Bekanntmachungen ist im Kreisblatt einzusehen.

## Wie entsteht der Heeresbericht?

Nicht jeder Leser wird sich einmal darüber klar geworden sein, auf welche Weise der amtliche Heeresbericht, den er täglich in der Zeitung sieht, entstanden ist und welchen Weg die Teile, aus denen er zusammengesetzt ist, zurückgelegt haben. Niemand, der nicht mittelbar oder unmittelbar einmal an seiner Entstehung mitgearbeitet hat, kann sich einen Begriff davon machen, welcher riesige Nachrichtenapparat dazu gehört, um zu beweisen, daß der Ruhm des Regiments, das in der Morgendämmerung einen glücklichen Vorstoß in die feindlichen Linien unternommen hat, schon in den frühen Nachmittagsstunden in der Heimat bekannt ist. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie die breite Flut der Meldungen aus der Kampflinie sich allmählich zu den täglichen Berichten der Divisionen, Armeen und Heeresgruppen verdichtet und welche Zeit dazu gehört, um an allen den Dienststellen, die zwischen der Kompanie und dem Großen Hauptquartier liegen, die einlaufenden Berichte zu verarbeiten und zur Gesamtmeldung zusammenzustellen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß den Nachrichten, aus denen der amtliche Heeresbericht im Laufe eines jeden Vormittages aufwächst, zu der eigentlichen Zurücklegung des Weges nur wenige Minuten übrig bleiben.

Auf ruhigen Wegen entwickelt sich dieser Vorgang in der Zeit des Stellungskrieges. Jeder Kompanieführer ruht, zu welcher Zeit er seine Meldung über die Ereignisse der Nacht, über die Stärke des feindlichen Feuers, über Beobachtungen in den Nachbarschaften oder über Verluste an das Bataillon zu geben hatte. Bataillon, Regiment und Brigade hatten wiederum ihrerseits festgesetzte Zeiten für die Weitergabe ihrer täglichen Meldungen. Das Gleichmaß dieses Verborgenes wurde zum ersten Male in größerem Umfang durchbrochen, als im Westen auf breiten Fronten die Abwehrschlachten begannen. Die Artillerie des Feindes schleuderte ihre Munitionsmassen auf das ganze Gelände zwischen den vordersten Maschinengewehrnestern und den hohen Stäben. Die technischen Hilfsmittel, deren sich die Nachrichtentruppe bediente, Fernsprecher, Funkengerät, Erdtelegraphenapparat und Blinklampe, versagten auf dem Schlachtfeld nicht selten, so daß die Kampflinie oft stundenlang ohne Verbindung nach rückwärts war. Mit behelfsmäßigen Mitteln wurden diese Schwierigkeiten überbrückt, denn die Vorgeberichte durften keine Verzögerung erleiden. Mit der Ausdehnung der neuartigen Kampfweise der Abwehrschlachten wurden auch jene Notbehelfe der Nachrichtenübermittlung ausgebaut, verbessert und organisiert, die Technik paßte sich den neuen Verhältnissen an, Meldeschunde und Briefstaben traten in den Dienst der Nachrichtentruppe und sorgten auch im schwersten Feuer für die Aufrechterhaltung der Verbindung. Mit dem vermehrten Menschen- und Materialeinsatz schwoh auch der Sprech- und Telegrammverkehr auf den rückwärtigen Dienststellen schnell an. Die Fernsprechstellen bei den Armees- Oberkommandos, auf denen zu Anfang des Krieges ein paar Fernsprechapparate gestanden hatten, wurden zu großen Keimern, deren Fernsprech-

vermittlungsschranke Hunderte von Anschlüssen hatten und bei denen eine große Anzahl von Fernschreibapparaten und Schnelltelegraphen den Verkehr bewältigten. So wurde dafür gesorgt, daß zwischen den Tausenden und Abertausenden von Meldungen, Gesprächen, Telegrammen, die täglich das sichtbare und das unsichtbare Nachrichtenetz der Armee belasteten, der Weg für die Tagesberichte der Dienststellen immer wieder frei blieb.

Der Krieg des Jahres 1918 hat der Entstehung des täglichen Berichtes manche neuen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Schlachtfelder waren noch ausgedehnter geworden, und angesichts der ungeheuren Hilfsmittel des Feindes sah sich die höhere Führung gezwungen, ihre Front elastischer zu machen, ihre Divisionen häufig zu verschieben und Angriffs- und Verteidigungswellen immer von neuem vor und zurück branden zu lassen. Dennoch mußte sie in jedem Augenblick über die Kampflage unterrichtet sein, und da gerade die Nacht oft die folgenschwersten Ereignisse brachte, mußte sie sich besonders am Morgen über den Stand der Dinge im klaren sein, um den Bericht darüber rechtzeitig dem Großen Hauptquartier zugehen lassen zu können. Auch in diesem neuen Entwicklungsabschnitt des Krieges traten wieder die höchsten Anforderungen an die Nachrichtentruppen in allen Zonen der Armeebereiche heran. Es galt jetzt alle die gesammelten Erfahrungen aus den letzten Jahren zusammenzufassen und unter den neuen Verhältnissen zu verwerten. Dem fehlerlosen Arbeiten dieser Nachrichtenmaschine ist es zu verdanken, daß es möglich ist, Nachrichten mit solcher Schnelligkeit von der Kampflinie bis zum Großen Hauptquartier und in die Heimat zu bringen wie die, aus denen sich der amtliche Bericht der Obersten Heeresleitung zusammensetzt.

## Großes Hauptquartier, 7. November.

(W. B.) Amtlich.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Dordenaarde stehen Franzosen über die Scheibe. In Gegenangriffen warfen wir sie zurück. Zwischen Scheibe und Dife suchte der Feind die plangemäße Fortführung unserer am 4. 11. eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt dieser Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße bei Bavai und bei Aulnoy an der Sambre. In schweren, wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Quievrain—am Westrande von Bavai östlich von Aulnoy—westlich von La Capelle. Zwischen der Dife und der Aisne hat der Gegner die Linie Berovins—Rozoy erreicht. Beiderseits von Reffel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wassigny—Porcien und nördlich von Courteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Vendresse und Moucon.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind in den Wäldungen östlich von Murvaux und Fontaines zum Stehen. Östlich von Siory hat die bewährte brandenburgische 228. Infanterie-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

### Der Abendbericht.

Berlin, 7. Nov., abends. (W. B. Amtlich.) An der Westfront ruhiger Tag.

## Unruhen in München. Ausrufung der Republik Bayern.

München, 8. Nov. (W. B.) Im Anschluß an die gestrige Massenversammlung auf der Theresienwiese kam es in München zu ersten Unruhen, die im weiteren Verlaufe zur Ausrufung der Republik Bayern führten. In der Nacht zum heutigen Tage bildete sich ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, zu dessen Vorsitzenden Kurt Eisner ernannt wurde. Dieser ersah in die Bevölkerung Münchens einen Aufruf, in dem es heißt: Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland den Frieden zu erringen, der es vor dem schlimmsten bewahrt. Sie hält die Umwälzung für notwendig, um im letzten Augenblick die Weltregierung des Volkes, die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu erlebigen, bevor die feindliche Heere die Grenzen überflutet und nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen. Der Arbeiter, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern, Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt, die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Arbeiter und Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet! In dieser Zeit des sinnlosen, wilden Werdens verabscheuen wir alles Blutvergießen, jedes Menschenleben soll heilig sein. Es lebe die bayerische Republik, es lebe der Frieden, es lebe die Waffen der Arbeit aller Werktätigen!

München, in der Nacht zum 8. 11. 18.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.

Der 1. Vorsitzende: Kurt Eisner.

### Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Madrid, 7. Nov. (W. B.) Meldung der Agence Havas. Nach langen Erörterungen in der Kammer hat der Ministerpräsident dem König den Rücktritt des gesamten Kabinetts angeboten.

## Die neue Rückzugsbewegung im Westen.

Berlin, 7. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Trotz aller gewaltigen Anstrengungen der letzten Tage, trotz der sich durch amerikanische Hilfe täglich gesteigerten Uebermacht und trotz der nun völlig durchgeführten Isolierung Deutschlands, sehen die Führer der Ententeheere die Hoffnung auf den oft beabsichtigten, doch nie erreichten Durchbruch durch die deutsche Westfront im grauen Novembernebel abermals erlöschen. Das von der Obersten Heeresleitung angeordnete und völlig planmäßig zur Durchführung gelangte Absehen der deutschen Front vermindert für die feindliche Führung die Aussichten, den erstrebten und vernichtenden Schlag noch in diesem Jahre zu tun. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme kann auch die amtliche Berichterstattung des Gegners nicht bestreiten. Nehmen wir den Fall an, so heißt es noch im Funkpruch von Carnocon vom 5. Nov., daß die deutsche Armee sich in Frankreich und Flandern ohne schwere Verluste hätte lösen können, daß sie sich nach ihrem Belieben auf einer kürzeren Linie, etwa an der Maas, hätte einrichten können, um dann später ihre Friedensoffensive mit unverminderten Hilfsquellen und dem ganzen Pressige eines leichten erfolgreichen Rückzuges zu unternehmen, so würde sowohl die militärische, wie auch die politische Lage die größten Schwierigkeiten für uns bergen. Aber, heißt es beruhigend weiter, vor welchen Schwierigkeiten hat uns die Tapferkeit unserer Westarmee bewahrt!

Die richtige Einschätzung der in dem deutschen Heeresbericht vom 6. November gemeldeten Bewegungen wird unter diesen Umständen niemanden schwerfallen.

Luxemburg, 7. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die Furcht davor, daß auch das luxemburgische Gebiet zum Kriegsschauplatz werden könnte, steigt hier mit jedem Tage. Nicht wenig tragen dazu die immer häufiger werdenden englischen Bombenangriffe auf luxemburgische Städte und Dörfer bei. Wenn durch die Schuld der Entente die Fortsetzung des Krieges erzwungen wird, so dürfte leider die Befürchtung der luxemburgischen Bevölkerung in Erfüllung gehen; denn es wird bei der allmählichen weiteren Zurücknahme unserer Linien, falls solche aus strategischen Notwendigkeiten erfolgen sollte, unmöglich sein um Luxemburg herumzumarschieren oder alle Transporte um Luxemburg herumzuleiten. Ganz abgesehen von einer derartigen „Ausparung“ Luxemburgs würde schon eine Zurückverlegung der deutschen Front bis auf 20 Kilometer westlich der luxemburgisch-französischen Grenze luxemburgisches Gebiet zum Operationsgebiet machen und den Granaten der feindlichen Ferngeschütze aussetzen.

## Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn.

Budapest, Am 5. November, um 10 Uhr abends ging von Steinbruch ein Personenzug mit Soldaten in die Heimat ab. Die Wagen waren überfüllt, die Soldaten saßen auf Treppen, Dächern und Puffern. Vor Rasos entstand ein Achsenbruch, durch den der Zug in der Mitte auseinander gerissen wurde. Die vorderen sechs Wagen fuhren in rasender Geschwindigkeit vorwärts, drei davon entgleisten und gingen in Trümmer. Die nachrollenden Wagen stürzten übereinander. Aus Budapest trafen alsbald Rettungsgesellschaft und Polizei ein. Bisher wurden sechszig Tote und 150 Schwerverletzte geborgen. Sehr viele Soldaten verunglückten durch einen Sprung aus dem Fenster.

## Lebensmittel-Verkauf.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am Samstag, den 9. d. M., im Rathaussaal in folgender Reihenfolge statt:

Brotkarten-Nr.	1—100	vorm. von	8—9 Uhr,
"	101—200	"	9—10 "
"	201—300	"	10—11 "
"	301—400	"	11—12 "
"	401—500	nachm.	2—3 "
"	501—600	"	3—4 "
"	601—800	"	4—4 1/2 "

Reihenfolge ist genau einzuhalten. Brotkarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Lebensmittelkarten - Abschnitt Nr. 13 ist abzugeben.

Königstein im Taunus, den 8. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

## Pferdefutter.

Samstag, den 9. Novbr. wird vormittags um 8 Uhr in der Lagerhalle an der Herzog Adolph-Anlage Ersatzfutter für Pferde gegen Barzahlung ausgegeben.

Königstein, den 7. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

## Zu verkaufen:

2 Saanenziegen, hornlos, tragend, v. Milchtiere, einzeln oder zusammen zu 280 und 350 Mark.

Kaninchen, belg. Riesen, Dackelgeb. — Zu erfragen in der Geschäftsst.

Ein gut erhaltenes 4 fäßiges

## Break

zu verkaufen. W. Thorwesten, Schwalbach am Taunus.

## Befunden:

Auf dem Wege nach Cronberg ein Pelz. Abzuhl. Rathaus, Zimmer Nr. 8. Königstein, 7. Nov. 1918. Die Polizeiverwaltung.

## Polizeiliche Ausweisscheine

sind zu haben in der Druckerei Ph. Kleinböhl, Königstein, Hauptstrasse 41.

Die Beleidigung geg. Frau Gottfried Ulberg aus Mederleibenberg nehme ich zurück. Frau Rehm, Schloßborn.

## Kathol. Kirchensteuer.

Morgen, Samstag, den 9. ds. Mts., wird nachm. von 2—6 Uhr im Rath. Vereinshaufe, Schulstr. 1 part., die Kirchensteuer erhoben.

Rönigstein im Taunus, den 8. November 1918.

Die Kirchenkasse: **Bechtel.**

## Bekanntmachung.

**Montag**, den 11. November 1918, wird die **3. Rate Staats- und Gemeindesteuern** erhoben. Wegen die noch restierenden Holzgelde und Güterpacht wird vom 11. November ab das Zwangsverfahren eingeleitet.

Kellheim, 6. November 1918.

**Schmitt.**

## Bekanntmachung.

Vom 8.—15. November wird die **3. Rate der Staats- und Gemeindesteuern** erhoben. Die Beträge sind abgezählt zu entrichten.

Falkenstein, 5. November 1918.

Die Gemeindefasse.

## Bekanntmachungen für Fischbach.

Die 3. Rate Staats- und Gemeindesteuer wird vom 11. bis 15. November erhoben. Ferner kommt die am 1. 10. fällige Zeitpacht zur Erhebung. Nach dem 15. November wird gegen die Säumigen das Zwangsverfahren eingeleitet.

Fischbach, den 7. November 1918.

Ranz, Gemeindecassier.

Samstag, den 10. 11. 18 mittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr wird der **Wersch** im Rathaus versteigert.

Das Reinigen der Ortsstraßen Mittwochs und Samstags wird bei Vermeidung von Strafen in Erinnerung gebracht.

Fischbach, den 7. November 1918.

Der Bürgermeister **Wittekind.**

## Bekanntmachung für Eppstein.

### Betrifft: Milcherfassung.

Bei den 3. Jt. im Gange befindlichen Ermittlungen über eine schärfere Milcherfassung im hiesigen Kreise hat sich ergeben, daß sich einzelne Ruhhalter trotz aller Kontroll-Maßnahmen ihrer Abgabepflicht zu entziehen verstehen und auf diese Weise die Versorgung der Kinder, stillenden Mütter, schwangeren Frauen und Kranken in in der eignen Gemeinde, besonders aber in den zu beliefernden Städten, in Frage stellen.

Es sei gern anerkannt, daß die Mehrheit der Landwirte des Kreises ihre Pflicht in Bezug auf die Milchablieferung tut; die Not an Ruhmilch in den Städten ist jedoch derart gestiegen, daß jedes Liter Milch erfährt und der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt werden muß. Es kann nicht geduldet werden, daß sich Einzelne der Ablieferungspflicht entziehen und auf Kosten der notleidenden Versorgungsberechtigten entweder selbst über das zulässige Maß Milch verbrauchen, oder gar zu Wucherpreisen Milch bezw. Butter im Schleichhandel abgeben. Die Verletzung der Abgabepflicht ist nicht nur vom moralischen und strafrechtlichen Standpunkte verwerflich, sondern sie birgt auch die Gefahr in sich, daß der Kommunalverband zu den schärfsten Maßnahmen in der Milcherfassung und Kontrolle, wie der Zwangsanschluß an Molkereien, Melke-Kommandos usw. gezwungen wird.

Ich weiß, wie tief in die landwirtschaftliche Produktion einschneidend und wie erbitternd solche Zwangsmassnahmen wirken, sehe in ihnen auch keineswegs ein Allheilmittel zur besseren Erfassung und habe, was in meinen Kräften stand, getan, sie dem Kreise fernzuhalten; ich werde aber nicht umhin können, mich dahingehenden Anordnungen der zuständigen Stellen zu fügen, wenn nicht eine Besserung in der Milchaufbringung im Kreise eintritt.

**Deshalb richte ich den eindringlichen Appell an die Landwirte und sonstigen Ruhhalter des Kreises, ihrer Milchablieferungspflicht voll und ganz nachzukommen.**

**Der eigenen Familie nur das gesetzlich bestimmte Quantum Milch!**

**Dem Schleichhändler und Samstierer Nichts! Der Gemeinde als Versorgerin unserer Kinder, Mütter und Kranken Alles an Vollmilch!**

**Das soll und muß die Parole jedes einsichtigen Ruhhalters sein!**

Bad Homburg v. d. H., den 31. Okt. 1918.

Der Rönigliche Landrat  
von **Mars.**

Wird veröffentlicht.

Eppstein, den 6. November 1918.

Der Bürgermeister: **Rünzker.**

## Mehrere Waldarbeiter und einen Fuhrmann

für längere Zeit gesucht **Wilh. Mauer, Höchst a. M.** Zu melden auf der **Billtalhöhe** in Königstein oder **Distrikt Oedung** bei Joh. Neuhaus aus Ruppertshain.

## Bekanntmachung.

Beglaubigte Abschrift!

Stellort: Generalkommando  
18. Armee Korps.  
III b 24 107/5621.

Verordnung.

Betr. Verschärfte Meldepflicht für die Orte Bad Homburg v. d. H., Cronberg, Rönigstein, Soden, Rauheim und Friedberg.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich für die Orte Bad Homburg v. d. H., Cronberg, Rönigstein, Soden, Rauheim und Friedberg:

I.

Die Zureise von Neutralen und feindlichen Ausländern ist verboten und zu verhindern.

Ausnahmen können nur in besonders begründeten Fällen von mir zugelassen werden.

II.

1. Jeder, der an den genannten Orten wohnt oder sich dort vorübergehend aufhält, muß im Besitze eines Ausweises über seine Person sein, den er stets bei sich zu führen und den Polizeibeamten, Hilfspolizeibeamten und Gendarmen auf Verlangen vorzuzeigen hat.

2. Wer in die genannten Orte zureist, um einen neuen Wohnsitz zu begründen oder um außerhalb seines Wohnsitzes Aufenthalt zu nehmen, der über Nacht oder über 10 Stunden dauert, hat sich sofort nach seiner Ankunft persönlich auf der Meldestelle anzumelden und sich über seine Person auszuweisen. Ueber diese Anmeldung erhält er eine Bescheinigung, die er stets bei sich zu tragen hat. Er hat ferner auf Verlangen sein Gepäck zur Durchsichtung zur Verfügung zu stellen und seine Ausweise gegen Empfang einer Quittung zu hinterlegen. Die gleiche Ausweispflicht besteht für jeden Zureisenden, der in einem fremden Hause Wohnung nimmt gegenüber dem Wohnungsgeber und seinem Stellvertreter.

3. Kinder unter 12 Jahren sind von der Ausweis- und Meldepflicht befreit.

4. Wer einem Zureisenden eine Wohnung, ein Zimmer oder eine Schlafstelle überläßt oder ihn als Gast aufnimmt (Wohnungsgeber), hat sich über die Erfüllung der Meldepflicht zu vergewissern. Wenn Anlaß zu Zweifel oder Verdacht besteht, hat der Wohnungsgeber sofort die Polizeibehörde zu benachrichtigen. Er hat seine Räume zum Zwecke der Durchsichtung des Gepäcks des Zureisenden der Polizeibehörde jederzeit zur Verfügung zu stellen. Wer gewerbmäßig Fremde beherbergt, hat diese Verordnung an sichtbarer Stelle in seinem Betriebe auszuhängen.

5. Meldestellen sind die Ortspolizeibehörden oder besonders an oder in den Bahnhöfen errichtete Meldestellen.

6. Als genügender Ausweis gelten nur Paß, Paßerlös oder ein behördlich ausgestellter Personalausweis, der folgende Angaben zu enthalten hat:

Familienname, Vorname, Staatsangehörigkeit, Berufsständiger Wohnsitz und Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort und genaue Personalbeschreibung, dazu eigenhändige Unterschrift und abgestempeltes Lichtbild des Inhabers aus jüngster Zeit.

Wer sich hiernach nicht genügend ausweisen kann, wird, bis seine Persönlichkeit festgestellt ist, festgehalten oder es wird ihm der Eintritt in den Ort verweigert.

7. Die nach Ziffer 2 zu erteilende Meldebescheinigung ist unmittelbar vor der Abreise auf der Meldestelle abzuliefern. Wer trotz erfolgter Abmeldung noch Aufenthalt nehmen will, der über Nacht oder über 10 Stunden dauert, gilt als neu zugezogen und ist zur Anmeldung verpflichtet.

8. Durch diese Verordnung sind alle entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere auch die für Bad Homburg v. d. H. erlassene Verordnung vom 31. August 1917 (III b 17021/4818) daneben bleiben die bestehenden Vorschriften, insbesondere über die Meldepflicht der Ausländer über die Abmeldepflicht, über die Form der vorgeschriebenen Meldungen und über die Führung des Fremdenbuchs in Kraft.

9. Für Militärpersonen gelten die durch die Garnisonvorschriften erlassenen besonderen Meldeverpflichtungen.

Jeder (Privatpersonen, Gasthaus, Privatpflegestätte oder sonstige gewerbliche Wohnungsgeber, Verwandte oder Angehörige), der Heeresangehörige vorübergehend oder für längere Zeit entgeltlich oder unentgeltlich bei sich aufnimmt, ist verpflichtet, neben der sonst vorgeschriebenen Anmeldung, dieselben innerhalb 12 Stunden nach Eintreffen bei der militärischen Meldestelle (Garnisonkommando) anzumelden und innerhalb derselben Frist nach Weggang abzumelden. Bei jeder Meldung sind Name, Truppenteil, bei der Abmeldung auch die Dauer des Aufenthalts genau anzugeben.

Ausgenommen sind einquartierte und den Lazaretten zugeführte Heeresangehörige.

10. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der eintgangs angeführten Gesetzesbestimmung bestraft.

Frankfurt a. M., den 26. Oktober 1918.

Der Stellv. Kommandierende General.  
**Riedel, General der Infanterie.**

Wird veröffentlicht.

Rönigstein, den 6. November 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Die Brot- und Zuckerkarten für die Zeit vom 11. bis 24. November werden Samstag, den 9. November auf dem Rathaus, Zimmer 4, ausgegeben und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Brotkarten-Nr. 1—200	nachmitt. von 2 — 2 $\frac{1}{2}$ Uhr
201—400	2 $\frac{1}{2}$ — 3 $\frac{1}{2}$ "
401—600	3 $\frac{1}{2}$ — 4 $\frac{1}{2}$ "
601—800	4 $\frac{1}{2}$ — 5 $\frac{1}{2}$ "

Die Aushändigung der neuen Karten erfolgt nur gegen Vorlage der alten Brot- und Zuckerkartenausweise. Die Reihenfolge ist genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgen muß.

Rönigstein, den 8. November 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) und der §§ 6, 12 und 13 der Allerhöchsten Verordnung vom 10. September 1887 über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen (G. S. S. 1529) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks unter Aufhebung der diesseitigen Polizeiverordnung vom 15. Juni 1887 (Reg.-Amtsblatt Nr. 25 S. 322) folgendes verordnet:

§ 1. Alle bereits abgestorbenen Obstbäume, sowie die dürren Äste und Aststumpfen an noch nicht abgestorbenen Obstbäumen, sowohl in Gärten als in Feldern sind seitens deren Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, welchen die Verfügung über dieselben zusteht, in jedem Jahre bis zu dem im § 3 festgesetzten Termine zu entfernen. Das dürre Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort und Stelle zu verbrennen.

§ 2. Zur Verhütung der Insekten- und Pilzvermehrung sind beim Abschneiden der dürren Äste und Aststumpfen der Obstbäume:

- alle Sägeschnittwunden von 5 cm Durchmesser und darüber mit Steinkohlenteer oder einem anderen geeigneten Mittel zu verdecken;
- die am Stamm und an älteren Ästen durch Frost, Klettergeräte, Vieh usw. hervorgerufenen Seitenwunden aufzuschneiden und mit Steinkohlenteer oder sonst einem anderen geeigneten Mittel zu verstreuen;
- die vorkommenden Astlöcher von dem madrigen Holze zu reinigen und so auszufüllen (beispielsweise mit einem Gemisch von Lehm und Teer), daß das Wasser nicht mehr eindringen kann.

§ 3. Die in den §§ 1 und 2 genannten Arbeiten sind sobald als möglich, längstens aber bis zum 1. März des auf das Bemerklichwerden des Schadens folgenden Jahres auszuführen.

§ 4. Zuwiderhandlungen unterliegen zufolge des § 34 des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes vom 1. April 1880 der daselbst vorgesehenen Strafe bis zu 10 M. oder verhältnismäßiger Haft.

Wiesbaden, den 5. Februar 1897.

Der Rönigliche Regierungs-Präsident.

**J. B. Febr. v. Reisiwig.**

Wird veröffentlicht.

Rönigstein, den 7. November 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

## Köchin und Hausmädchen

nach Frankfurt am Main gesucht. Vorstellung oder Anmeldung **Falkenstein (Taunus), Reichenbachweg 11 bei Geh. Rat Dr. Riese.**

## Mädchen

für alle Hausarbeit sofort gesucht. Frau **H. Henninger, Rönigst., Hotel Georg, II. St.**

## Tätiges Alleinmädchen

f. gut bürgerl. Haushalt nach Frankfurt gesucht. Vorzug **Herzog Adolphstr. 13, b. Baruch.**

## Büffet

von Hoff. **Ludwig Alter, Darmstadt** wegen Umzug sofort preiswert zu verkaufen. **Cronberg, Schloßberg 6.**

**Wanduhr, Tisch, Bilder, mehrere Bilderrahmen,** mit und ohne Glas billig zu verkaufen. **Schneidhainerweg 14a part., Rönigstein.**

## 2 kleine Füllöfen

(Zimmeröfen) zu verkaufen **Otto Keller, Rönigstein.**

## Ein Deckbett

zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Sta.

## Fahrensen

Einem 2 $\frac{1}{2}$ -jährigen sowie einen 2 $\frac{1}{2}$ -jährigen **Zuchtbulen** hat abgegeben **Rettershof bei Rönigstein.**

## Fahrkub

Eine trachtige i. Januar kalbend, zu verkaufen **Reichheim I. Z., Dautstr. 18.**

## Ferkel

hat abgegeben. **Georg Kromann, Ruppertshain, Kirchgasse 39.**

## Amer- und Zugpferde

und ein sprunghafter **Simmentaler Stulle** sind zu verkaufen **Langstraße 28, Fischbach.**

## 4-5-Zimmerwohnung

Geht leerstehende für sofort. Angebote unter **B. 34** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Trauer-Drucksachen

durch Druckerei **Mietzbühl.**

## Die Sparkasse

## Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in **unbeschränkter Höhe** und verzinst dieselben vom **Tage der Einzahlung** an bis zum Tage der Rückzahlung mit

**3 $\frac{1}{2}$  %**

Ferner nimmt der Vorschussverein **Darlehen** gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu **3 $\frac{1}{2}$  %** bei halbjähriger Kündigung und zu **4 %** bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung. **Der Vorstand.**